

Angaben zur Stellungnahme

Thematik:

Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG). Totalrevision

Teilnehmerangaben:

GRÜNE Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
3007 Bern

Kontaktangaben:

Direktion für Inneres und Justiz des Kantons Bern
Münstergasse 2
3000 Bern 8

E-Mail-Adresse: info.dij@be.ch

Telefon: +41 31 633 76 76

Teilnehmeridentifikation:

104062

Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG). Totalrevision
Auszug der Stellungnahme vom 15. Juni 2023

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Allgemeine Bemerkungen Allgemeine Bemerkungen	Allgemeine Bemerkungen	Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf für ein totalrevidiertes Gesetz über die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen Stellung nehmen zu können. Die GRÜNEN Kanton Bern haben sich wiederholt für eine verstärkte Förderung von Gemeindezusammenschlüssen ausgesprochen und beispielsweise 2014 das Ziel formuliert, die Zahl der bernischen Gemeinden innert 12 Jahren auf rund 100 zu reduzieren und dabei auf eine Stärkung der regionalen Zentren in den diversen Kantonsteilen zu setzen. In den politischen Debatten der letzten Jahre wurden ambitionösere Vorhaben in dieser Richtung leider gebremst und fortlaufend abgeschwächt. In der vorgeschlagenen Gesetzesrevision wird immerhin am Ziel festgehalten, die Fusionsförderung etwas stärker als bisher strategisch auszurichten und dazu das neue Instrument des "Zentrumsbonus" einzuführen. Die GRÜNEN Kanton Bern unterstützen den Gesetzesentwurf im Sinne eines Minimal- und Kompromissvorschlags grundsätzlich. Sie bezweifeln jedoch, ob die vorgesehenen finanziellen Anreize ausreichend hoch sind, um die erwünschten Gemeindezusammenschlüsse in den skizzierten Zielbildern rasch voranzubringen. Kritisch beurteilen die GRÜNEN Kanton Bern die vorgesehene Kostenneutralität. Aus unserer Sicht sollten für die Förderung von Gemeindefusionen künftig zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, damit die Bereitschaft zu Fusionsvorbereitungen und der Wille zu Gemeindezusammenschlüssen nicht zum Vorhinein durch die finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons gebremst werden. Die GRÜNEN Kanton Bern behalten sich deshalb entsprechende Anträge bei der Beratung des angekündigten Rahmenkredits zur Umsetzung der Gesetzesrevision vor.	
Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG). Totalrevision Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG). Totalrevision	Artikel 1 Zweck	Zustimmung.	Die Einführung des "Zentrumsbonus" wird ausdrücklich unterstützt.
Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG). Totalrevision Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (Gemeindefusionsgesetz, GFG). Totalrevision	Artikel 2 Wirkungsziele	Ergänzung durch ein weiteres Wirkungsziel: d Förderung demokratischer Mitsprache	Widerstände gegen Fusionen basieren oft auf der Befürchtung, dass die Bevölkerung der kleineren Gemeinde(n) beim Zusammenschluss mit einer grösseren Gemeinde an Möglichkeiten zur Mitbestimmung in lokalen Angelegenheiten verliert. Bei Gemeindefusionen sollte deshalb künftig gezielt die demokratische Mitsprache auf der Ebene einzelner Gemeindeteile oder Quartiere gestärkt werden. Wenn grössere Gemeinden (z.B. mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern) entstehen, sollte die Einführung von Gemeindeparlamenten zumindest angestrebt werden.
Vortrag Vortrag		Keine Antwort	Keine Antwort